

Der Volksstaat

Abonnementpreis:
Für Preußen incl. Stempelsteuer 21/2 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnement werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Herzth. Sach.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5/2 Sgr. angenommen.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueters,
400 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Gah,
S. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 23.

Mittwoch, 25. Februar.

1874.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat März zu 5 1/2 Silbergroschen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 6 Ngr. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei dem Colporteur Müller; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Reuschönefeld zc. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau zc. bei Frau Hoyer, Hofmarkt Nr. 9, in Lindenau, für Connewitz zc. bei Teubert, Bornaische Straße 197, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.
Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 8 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Engelauer 6b, 4 Tr.; Görge, Webersir. 32; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden; Meyner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61.
Parteigenossen! ermüdet nicht, auch fernerhin allerorts nach Kräften zur Weiterverbreitung des Parteiorgans beizutragen.
Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

Der sechste Jahrescongrès der englischen Gewerksvereine.

III.
Die Frage der Parlamentsreform und der politischen Thätigkeit der Gewerkschaften beschäftigte den Congrès nur während ganz kurzer Zeit an den beiden letzten Tagen, am fünften und am sechsten. Wir theilen die betreffenden Stellen des „Beehive“-Berichts unverkürzt und in möglichst getreuer Uebersetzung mit.
Am Freitag (den 16. Jan.) verlas Mr. Broadhurst (Delegirter der Maurer-Gewerkschaft und Secretär der Arbeitervertretungsliga) eine Abhandlung über die Vertretung der Arbeit im Parlament. Eine Abhandlung über denselben Gegenstand wurde von Mr. Brigley (Sheffield) verlesen. (Von einer Debatte vermeldet der Bericht nichts).
An denselben Tag stellte Mr. Donald (seitdem zum Parlamentsmitglied erwählt, und Urheber des im zweiten Artikel erwähnten Antrags bezüglich des Senfer Vorschlags) folgenden Antrag:

„In Erwägung, daß eine große Anzahl von Arbeitern, bestehend aus Grubenarbeitern, Handarbeitern und sonstigen Arbeitern, durch die ungerechte Klassengesetzgebung, welche in direktem Gegensatz zu häufigen Abstimmungen im Parlament die konstitutionellen Privilegien des Wahlrechts zerstört, indem sie das Wahlrecht in den Grafschaften von einem Verdict abhängig macht, — in eine Stellung der Leibeigenschaft herabgedrückt wird, erklärt der Congrès es für seine Uebersetzung, daß diese gefährlichen, dem Parteigeist entsprungenen Gesetze beseitigt, und unsere Genossen in den Grafschaften in eine freie und unabhängige Lage versetzt und den übrigen Klassen des Landes gleichgestellt werden müssen.“
Der Antrag wurde von Mr. Walton (Brecon) unterstützt, und beinahe einstimmig angenommen.
Sams-tag, den 17. Januar kam die Frage der direkten Vertretung der Arbeit zur Erörterung. Mr. Knight (Liverpool) beantragte folgende Resolution:
„Da frühere Congrès-Beschlüsse zu Gunsten der direkten Vertretung der Arbeit im Parlamente gefaßt haben, und in Erwägung, daß der Wahlkampf, welchen ein jeder Candidat durchzumachen hat, bedeutende Opfer an Geld und Zeit erheischen wird, ist dieser Congrès der Meinung, daß es die Pflicht aller Gewerkschaften sein sollte, bei der nächsten allgemeinen Wahl auf das Nachdrücklichste für die Arbeitercandidaten zu wirken; wir empfehlen daher, daß die Gewerkschaften aufgefordert wenigstens sechs Pence (6 Groschen) für jedes Mitglied zu bezahlen, damit so ein Fonds errichtet werde, mit dessen Hilfe wir möglichst viele Arbeitercandidaten durchbringen können; und daß der besagte Fonds in die Hände eines von dem Congrès zu bestimmenden Comité's gelegt werde; und ferner, daß das betreffende Comité Vollmacht erhalte, nach Kräften und bester Uebersetzung allen zur Erreichung des Ziels, welches wir im Auge haben, dienlichen Beistand und Beihilfe zu leisten.“
Zu diesem Antrage wurde nachstehendes Amendement ge-
faßt:
„Dieser Congrès ist der Ansicht, daß örtliche (lokale — auf einen Ort beschränkte) Bemühungen am wünschenswertesten und das beste Mittel sind, die Erwählung von Arbeitern in das Parlament zu sichern; und er empfiehlt allen Gewerkschaften in den Gewerkschafts-Distrikten (trade districts — soll heißen in allen Distrikten, wo das Gewerkschafts-Wesen wohl organisiert ist) sich zu vereinigen, und in einem gemeinschaftlichen Rath (council, Rathversammlung, Ausschuss) für das besagte Ziel zu wirken.“
Dieses Amendement wurde angenommen.
Das ist Alles, was der „Beehive“ von den Verhandlungen des Congrès über die Reformfrage und die Haltung der Gewerkschaften zu den Parlamentswahlen zu berichten hat. Eigentliche Debatten sind gar nicht vorgekommen: man hörte einige Vorträge an, einige Mitglieder stellten pflichtschuldig einige Anträge, von denen der eine ohne Debatte angenommen, der andere

ohne Debatte durch ein Amendement aus dem Wege geschafft wurde. Daß die traurige Magerkeit des Berichts nicht die Schuld des Berichterstatters ist, sondern der Magerkeit der Verhandlungen trenn entspricht, geht klar und deutlich aus den gefaßten Beschlüssen hervor, die wir uns jetzt etwas näher betrachten wollen.
Was zunächst den Mr. Donald'schen Antrag mit Bezug auf die Gleichstellung des Wahlrechts in den Grafschaften und Städten betrifft, so leidet derselbe vor Allem an dem Grundfehler, daß er das gegenwärtig in den Städten bestehende Wahlrecht als mustergültige Norm adoptirt, nach der das Wahlrecht in den Grafschaften eingerichtet werden soll. Wir können uns hier nicht in Einzelheiten über das englische Wahlsystem, richtiger die englischen Wahlsysteme einlassen, und verweisen auf die gegen Ende des vorigen Jahres im „Volksstaat“ erschienenen Artikel. Genug: für die ländlichen Wahlbezirke gilt ein höherer Census, als für die städtischen Wahlbezirke; der in den letzteren bestehende Census ist aber immerhin hoch genug, um die übergroße Mehrzahl der erwachsenen männlichen Bevölkerung von dem Wahlrecht auszuschließen. Indem der, vom Congrès zum Beschluß erhobene Mr. Donald'sche Antrag die Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den städtischen Arbeitern fordert, erkennt er den in den Städten gültigen Census an und begehrt einen Verrath an dem, schon beinahe 40 Jahren von Millionen englischer Arbeiter in der großen Chartistenbewegung zur politischen Kardinal-Forderung des Proletariats gemachten, und als solche verkörpertes Prinzip des allgemeinen Stimmrechts. Fürwahr, erinnern wir uns nicht des Humboldt'schen Wortes, daß die Menschheitsentwicklung eine aufsteigende Curvenlinie, aufwärts und dann wieder abwärts gehend, aber im Ganzen doch stetig aufsteigend, bei einer Vergleichung dieser jammervollen phylisteriösen Halbheit der englischen Arbeiterbewegung von heute mit der gewaltigen, sturm- und drangvollen, das Höchste im Massensturm erstrebenden englischen Arbeiterbewegung der dreißiger und vierziger Jahre, wir könnten wirklich am menschlichen Fortschritt irre werden. Indes es ist ja in allen Ländern ein ähnlicher Schein-Rückgang zu bemerken, und wahrscheinlich in unserm lieben Deutschland nicht am Wenigsten. Wenn dieses blutige Poffenspiel („bloody farce“) der national-luxurkämpferischen Bismarck-Stieber-Laskerei der ernsthafteste Ausdruck unserer denkervollsten Civilisation wäre, dann sollten wir nur gleich alle Heroen unserer Nationalliteratur auf einem großen Scheiterhaufen verbrennen, so daß keine Spur ihrer Schriften zurückbliebe, denn was sie gedacht und gefühlt, wäre ja doch nur eitel Eng, Trug und Alsfangerei gewesen. Das werden wir aber hübsch sein lassen, das blutige Poffenspiel wird zu Ende gehen, der Ruhmglanz der Eisenhelden wird verblasen, unsere Geisteshelden werden fortfahren, Licht und Leben zu spenden, und die ächten „Culturblüthen“, die während des blutigen Poffenspiels trotz Bismarck, Stieber und Lasker gereift sind, versprechen uns eine reichere Ernte, als uns je vorher zu Theil geworden. Unter dem tiefsten Winterschnee wacht und schafft die Natur; in der edellichsten politischen Erstarrung geht der Puls des Volkes, und es wächst, wächst — und ist der Zauber gebrochen, fällt die häßliche Hülle, die brutale Zwangsjacke, dann zeigt sich, daß und wie es gewachsen. Inmitten der tollsten Reaktion stellt die Revolution keinen Moment ihre geheimnisvolle Arbeit ein, und die Revolution selbst wird mit dem revolutionären Fluidum getränkt, von ihm durchdrungen. Der Staatsrechtler Bonaparte beschleunigte in Frankreich den Untergang der alten bürgerlichen Gesellschaft; der „geniale“ Junker Bismarck in Deutschland wollte Staat und Gesellschaft nicht besser unterwühlen, wenn er wohlbestallter Agent der internationalen Arbeiterassoziation wäre, — und die englischen Gewerksvereiner bereiten, ungeachtet ihrer lahmen Theorien und ihrer politischen Feigheit den Danktrout des heutigen England weit gründlicher vor als weiland die Chartisten mit ihren weitgehenden Theorien und ihrem politischen Rabulismus. Sie haben dem Proletariat eine Organisation gegeben, so fest und gewaltig, wie noch keine Partei oder Klasse in irgend einem Lande sie jemals besaßen, ehe sie ans Staatsruder gelangte — sie haben alle erfindbaren Methoden des „wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß“ nach einander mit halb lächerlicher, halb bewundernswürdiger Ausdauer versucht und sich vor der Nulllosigkeit derselben überzeugt — das Ziel ist da, die Organisation ist da; in der alten Weise geht's nicht vorwärts, das begreift so ziemlich ein Jeder: nur ein Wort, das richtige Wort, und die Million Arbeiter, welche in den Gewerkschaften vereinigt sind, setzen sich in Marsch auf das Ziel los — eine unübersehbare Masse, gefolgt von den 5 Millionen erwachsener Proletarier, die nicht in den Gewerksvereinen sind.

— Doch zurück zu dem Sheffielder Congrès und dem Mr. Donald'schen Antrag. Der Antrag bezeichnet ganz korrekt die auf dem Arbeiter lastenden Gesetze als Klassengesetzgebung (class made laws), Gesetze von den herrschenden Klassen gemacht. Es ist diese revolutionäre Auffassung sämtlichen englischen Arbeitern gemeinsam. Die ökonomischen Zustände sind in England so entwickelt, die Klassengegenätze so scharf hervortretend, daß bloß ein Blinder oder Blödsichtiger die Thatsache des Klassenkampfes und der Klassenherrschaft ignoriren kann. Aber wenn man weiß, daß die heutige Gesetzgebung eine Klassengesetzgebung ist zum Vortheil der herrschenden und zur Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Klasse, dann darf man auch nicht die Antonsekenz begehen, das bewußteste Organ der Klassengesetzgebung, das englische Parlament, weil es zum Schein

einige halbdemokratische Resolutionen gefaßt hat, gegen die Klassengesetzgebung, d. h. gegen das eigene und eigenste Werk des Parlaments anzurufen. Ehe die Arbeiter entweder im Parlament die Majorität haben, oder ihm durch „Druck von Außen“ (prissure from without) Respekt einflößen, haben sie vom Parlament nichts zu erwarten, als feindliche Gesetze, Schlingen und Fugtreite.
Die in dem Beschluß geforderte Gleichberechtigung des Grafschafts- und des städtischen Wahlrechts ist beiläufig eine so harmlose Maßregel, läßt den Schwerpunkt der politischen Macht so vollständig unberührt, daß sie vielleicht schon in der nächsten Session von den Tories wird eingeführt werden! In England giebt es nur zwei ernsthafte Reformforderungen: allgemeines Wahlrecht und gleiche Wahlbezirke (Abkaffung des Census und Vertretung nach der Kopfzahl); wer nicht für diese zwei Forderungen in die Schranken tritt, mag alles Mögliche sein, aber ein Reformist ist er nicht.
Daß der Congrès den Knight'schen Antrag auf gemeinschaftliche Wahlagitation ablehnte und einer zersplitterten Lokalthätigkeit den Vorzug gab, ist ein neuer Beweis dafür, welche Verschuldlichkeit die jetzigen Vertreter der englischen Gewerksvereine darin haben, die riesige Macht, die ihren Händen leider noch anvertraut ist, zum Nutzen der Feinde des Proletariats lahm zu legen. Die letzten Wahlen haben gezeigt, wohin eine solche Politik führt.
„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ — Das klägliche Fiasko der Arbeiterkandidaten bei der soeben vollzogenen Wahl muß jedem englischen Arbeiter das Verlehrte der bisher von den Gewerksvereinen befolgten Politik klar gemacht haben. Der englische Fabrikantenbund wird das Uebrige thun.

— Der geistige Adel deutscher Nation. Das Värmen, das Toben, das Hin- und Herlaufen, das „Lachen“ mit seiner Spezies, dem „Gardelieutenants- und Krautjungergelächter“; das Zischen, Trampeln und Brüllen — alle diese hübschen Dinge sind im Reichstage zu Ehren gekommen, und der Herr Präsident kümmerlich sich theils nicht darum, theils macht er selbst wader mit. Sobald oppositionelle Parteien zum Wort kommen, treten diese lieblichen Ungezogenheiten, welche vorzugsweise den spezifisch „Gebildeten“ anhaften, zu Tage, und der Lärm und der Sclandal während des Protestes des Elfsässers Teutsch gegen die Annetion waren nicht geringer, als das „Gelächter“ während der Rede Haffelmann's gegen das Contraktbruchgesetz und der Rede Geib's gegen den Preßgesetzentwurf. Man weiß nicht, was bei dem Benehmen des Reichstags mehr in die Augen sticht: der Mangel an Lebensart, oder der Mangel an Muth. Ja, Mangel an Muth; denn wenn unsere Annerionisten das Zeug in sich gefühlt hätten, die Annerionspolitik mit geistigen Waffen zu verteidigen, so würden sie es jetzt gethan haben. Ihr Schweigen beweiset, daß sie sich moralisch bankrott fühlen und ihre einzige Stütze noch in der Gewalt, in dem Kürassiersäbel des Junkers Bismarck sehen.
Die französische Presse wird nicht verfehlen, das unerhörte Gebahren des Reichstags auszubenten.
Von Herrn von Bismarck erzählt man, er habe einem elfsässischen Abgeordneten, der französisch mit ihm sprechen wollte, die Antwort gegeben: „Hier verstehe ich kein Französisch!“ Ob dies sein und manierlich war, — zumal die elfsässischen Abgeordneten des Deutschen notorisch nicht sehr mächtig sind — wollen wir, in Anbetracht des Preßgesetzes, dahin gestellt sein lassen. Jedenfalls war es — „patriotisch“ — und begreifen wir sehr wohl, daß Fürst Bismarck das Bedürfnis verspürt, seinen, durch das Pamarmora'sche Buch etwas fadenförmig gewordenen „Patriotismus“ durch allerlei „geflügelte Worte“ etwas aufzubügeln. Als er mit Covone von den Saargegenden redete, sprach er Französisch.

— Wozu kein Geld da ist. Am 9. und 10. dieses Monats hatte bekanntlich an unseren Nordküsten eine Sturmfluth statt, welche der vom November 1872 an Heftigkeit nichts nachgab. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß die einfachsten Vorsichts- und Schutzmaßregeln vernachlässigt worden waren. Hören wir einen gewiß unverdächtigen Zeugen, das Bismarck'sche Leiborgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Dieselbe schreibt in der Beilage zu Nr. 40 (vom 17. Febr.), d. d. Swinemünde, den 12. Februar: „Unsere Dünen sind an zwei Stellen durchbrochen. Schon seit einiger Zeit sind solche nicht mehr so lastig worden, wie früher, sondern zum Theil, unsäglich für den Paen (N), des schützenden Strandhafens entblößt und dadurch ausserordentlich widerstandsunfähiger geworden. — Große Noth ist durch diese Ueberfluthung und die gleichzeitig eingetretene Kälte über einen Theil der Bewohner von Swinemünde und Umgegend hereingebrochen; die Häuser sind durchnäßt und unbewohnbar, theilweise dem Einsturz nahe. Möbel und Zeug ruiniert, Borräthe weggeschwemmt und verborben. — Das Wasser ergoß sich in die Läden eines Schaufensters und durchnäßte Mannfacturwaaren von bedeutendem Werthe. Und so sind viele Fälle aufzuzählen, wo Einzelne erheblichen Schaden gelitten haben. Darum thut die Hülfe edler Menschenfreunde auch diesmal dringend noth, und es wäre gewiß für den vaterländischen Frauenverein (!) an der Zeit und geboten, seine Thätigkeit zu entfalten und seine helfende Hand anzustrecken, um die geschlagenen Wunden zu lindern.“

Politische Uebersicht.

Also, der „Frauenverein“ soll helfen! Und wieder „die Hülfe edler Menschenfreunde“ in Anspruch genommen, mit andern Wor-

*) Es ist von keinen geheimen Gesellschaften die Rede, Herr Staatsanwalt. Also bemühen Sie sich nicht.

en im Land herumgebetelt werden! Dieser Appell an die Privatwohlthätigkeit, in einer Angelegenheit, wo es die augenfällige, unabweisliche, gebieterische Pflicht des Staates ist, den durch seine Saumseligkeit entstandenen Schäden in vollkommener Ausdehnung wieder gut zu machen, ist für die unselbständige, knechtliche Anschauung des Schreibers, der um ein Almosen bettelt, abgesehen er ein Recht hat, Hilfe zu fordern, ebenso charakteristisch, als das in der Correspondenz Erzählte für das heut herrschende politische System ist. Daß ein Staat, der in den letzten zwei Jahren, nicht Millionen, nein, Milliarden für lebendige und todtte Zerstörungsmaschinen und sonstige gemeinschädliche Dinge ausgegeben hat, nicht einmal die paar Millionen zum Schutz unserer Küsten aufbringen konnte, ist eine Thatfache, die durch jeden Commentar nur abgeschwächt werden könnte.

— Die Zwickmühle. Wir hatten anfangs Zweifel gehegt, ob der „kalte Wasserstrahl“, den Herr von Bismarck nach Paris geschickt haben will, einen andern Zweck habe, als den, dem deutschen Michel die bittere Pille des Reichsmilitärgesetzes durch die Herausbeschwörung des Revanchekriegs-Gespensches etwas schmackhafter zu machen. Was wir aber kürzlich erst gesagt — daß nämlich die kalte Wasserstrahl-Affaire wirklich ein verwegenes und niemals zu verantwortendes Spiel mit dem Frieden zwischen zwei Völkern war, hat sich nunmehr für uns bestätigt. Wir haben aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß in den an Frankreich angrenzenden Staaten die Kerze bereits von den Sanitäts-Militärbehörden befragt worden sind, ob sie geneigt seien, in den Lazarethen Dienste zu leisten. Es ist also eine Thatfache, daß ein neuer Krieg zwischen Frankreich und Deutschland an einem Haare hing, da Mac Mahon sich weigerte, die französischen Pfaffen, welche nach Bismarck's Meinung den deutschen Ultramontanen „moralischen Beistand“ geleistet hatten, so zu bestrafen, wie man es in Berlin verlangte. Der militärische Mörder der Commune, Herr Mac Mahon, jetzt von Gottes und seiner Ehehälfte Gnaden Präsident der „Republik“ Frankreich, kann selbstverständlich es nicht mit den Pfaffen verderben, ohne sich selbst den Boden unter den Füßen zu entziehen, und so hat er dem „Kulturkämpfer“ Bismarck nicht nachgegeben, sondern hat nur das ultramontane Blatt „Univers“, welches unter stillschweigender Billigung der französischen Regierung sich in den heftigsten Angriffen gegen Preußen erging, auf zwei Monate unterdrückt. Vorläufig scheint Bismarck damit zufrieden zu sein; allein aus der letzten Rede Molit's namentlich geht zur Genüge hervor, wie eifersüchtig Preußen die militärische Reorganisation Frankreichs überwacht. Ein neuer Krieg kann somit jeden Augenblick hereinbrechen und der Zustand ist nun eingetretten, den hundert und aber hundert einseitige Männer stets vorhergesagt haben, ohne Gehör zu finden — der permanente Kriegszustand, wie es Molit's ja deutlich genug befürchtet hat. Die Bürgerei wird wieder losgehen und der jeweilige Gewinn, welche die eine Unternehmerschaft aus dem menschenunwürdigen Blutvergießen zieht, wird wiederum der Zankapfel während der Pausen und die Ursache zu neuer Kauferei und Prügeln sein. Und dabei kann es eintreten, daß jene Narren, welche auf die Allmacht der preussischen Zügel und Fickelhaube schwören, einmal schrecklich enttäuscht werden. Werden die übrigen Dynastien in Europa jeder Prügeln ruhig zusehen und nicht auch einmal sich einmischen, um etwas zu erschnappen? Und kann nicht einmal der deutsche Michel einmal in die fatale Lage kommen, daß von rechts und links, von vorn und von hinten auf ihn losgeschlagen wird? Das sind die endlichen Konsequenzen der Blut- und Eisenpolitik. Wir sehen voraus, daß das Volk wohl endlich vom „Weltmacht“-Wahnsinn geheilt werden und jene, die es an der Nase herumgeführt, zur Verantwortung ziehen wird, aber die Heilmittel werden sehr, sehr bitter sein. Denn nichts rächt sich schwerer in der Geschichte, als leichtsinnige Experimente mit ganzen Völkern im Interesse Einzelner.

— Ein „fortschrittliches“ Blatt, der „Berliner Börsencourier“, bemerkt zu der ablehnenden Haltung, welche die Fortschrittspartei bezüglich eines Antrags auf Freilassung von Liebknecht und Debel einnahm:

„In einem Prozesse, dessen unerhörte Parteilichkeit selbst bei Leuten von politisch strikte entgegengesetzter Meinung die allgemeine Entrüstung hervorrief, sind die beiden Reichstagsabgeordneten zur Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Ihre Wähler haben von Neuem documentirt, daß sie ihre Vertretung in diesen Händen sehen wollen und gleichwohl öffnet sich ihnen nicht die Thüre des Gefängnisses, weil eine absichtliche oder unabsichtliche Lücke des Gesetzes ihnen den Eintritt in den Reichstag verwehrt. Es handelt sich hier in der That mehr um eine Verletzung des natürlichen Rechtsgefühles, das eine unüberwindliche Antipathie gegen derartige Ungerechtigkeiten im Befehle hat, als um die Mandatserfüllung der beiden, mehr um eine Frage des Rechtes, als darum, die beiden im Reichstage zu sehen. „Unschädlich“ sind Debel und Liebknecht durch den passiven Widerstand, den der Reichstag gegen ihren Eintritt von Neuem zu inauguriren versucht, nicht gemacht. Denn vielleicht schon während dieser Session, jedenfalls aber ehe ein Drittel der Reichstagsperiode verlossen, läuft ihre Haft ab. Indes scheint ein Theil der Fortschrittspartei auch bereits zu glauben, daß man unbedenklich Parteien gegenüber sich über Rücksichten und selbst über den Liberalismus, der doch der einzige Boden ist, auf welchem diese Partei fest zu stehen vermag, hinwegsetzen kann.“

Es gehört, will man Obiges als ein wirklich ehrliches und aufrichtiges Geständnis auffassen, allerdings eine bodenlose Corruption dazu, um einem Antrage auf Freilassung von Männern, deren Prozeß alle Welt für einen Tendenzprozeß erklärt, und die somit nach dem Geständnis der Gegner völlig unschuldig im Gefängnis sitzen, die Zustimmung zu versagen, so daß sie, trotzdem sie das Volk mit vielen Tausenden von Stimmen zu seinen Vertretern erwählt hat, dennoch ihre Pflicht als solche nicht erfüllen können.

— Unsere Parteipresse hat schon häufig auf den schlimmen Zustand der Gefängnisse, die aller Menschlichkeit Hohn sprechen, hingewiesen; jetzt wird über einen der schauerhaftesten Aufenthalte dieser Art von einer Seite ein Bericht veröffentlicht, der die sächsische Regierung, die so sehr eifrig gegen die Socialisten ist, veranlassen dürfte, auch etwas rascher mit der Beschaffung menschlicher Aufenthaltsorte für die Gefangenen vorzugehen.

„Das Dresdener Gerichtsgefängnis ist, schreibt nämlich der „Dr. Volksbote“, in diesem Blatte mehr als einmal Gegenstand von Klagen gewesen, die dann wieder zur Verfolgung der Einlieferer Anlaß gegeben haben. Jetzt aber kommt von Seiten einer königlichen Behörde, gebildet aus den kompetentesten Männern, eine so abschällige Beurtheilung der Beschaffenheit jener Räume, ein so nachdrücklich Hinweis auf die verwerflichen Fol-

gen, welche der Aufenthalt darin für die hierzu gezwungenen keineswegs ausnahmslos Schuldigen (denn wie mancher Untersuchungsgefangene wird schließlich freigesprochen) haben muß, daß wir zur Rechtfertigung unserer Beschwerden gar nicht Besseres thun können, als daß wir die Auslassungen der betreffenden hohen Behörde wortgetreu abdrucken. In dem jüngst erschienenen „Vierten Jahresberichte des Landes-Medicinal-Collegiums für das Königreich Sachsen“, dessen für die Nachweisung tiefgehender Schäden unserer öffentlichen Zustände überaus wichtiger Inhalt uns noch öfter beschäftigen wird, ist auf S. 83 und 84 unter der Ueberschrift: „Hygiene der Gefängnisse“ Folgendes zu lesen: „Das ungünstigste in jeder Beziehung ist jedenfalls das in Dresden befindliche. Das große, vier Stock hohe Arresthaus ist dicht von gleich hohen Gebäuden umgeben und hat nur zwei enge, dampfige Höfe, aus denen keine reine Luft zu den Zellen dringen kann. Letztere sind in der Regel überfüllt, so, daß kaum 1, Quadratmeter auf den einzelnen Inhaftierten kommt, die Fenster sind klein und können zur Ventilation nur ganz ungenügend mitwirken, zumal die sog. Kübel für Dejecte der Gefangenen bei der dichten Belegung der Zellen reichlich läbliche Gerüche liefern und auch die von außen gehegten Defen den Luftwechsel nicht unterstützen können. Daß diese Schädlichkeiten nicht ohne Nachtheil für die Gesundheit der Gefangenen sind, ist selbstverständlich und äußern sie ihre Wirkungen in allerlei chronischen Störungen der Verdauungsorgane und der allgemeinen Ernährung, in dem Mangel einer normalen und ausreichenden Blutbildung und in Inanitions- (Abzehrungs-) Erscheinungen, die in ihren verschiedenen Graden und Abstufungen im Allgemeinen das sog. Gefängnisfieber charakterisiren. Der Beginn derselben ist, Männer, die wohlbeleibt, kräftig gebaut und blühenden Aussehens eingeliefert wurden, nach halbjährlicher oder längerer Untersuchungsfrist abgemagert und geistig und körperlich verfallen in die Strafanstalten abgehen gesehen zu haben. Aber nicht bloß die Gefangenen, sondern auch die Arresthausbeamten mit ihren Familien haben schwer unter diesen Uebelständen zu leiden, da sie in den Parterreräumen dieses Hauses ihre Amtswohnungen haben. Die sämtlichen Familien sind unter diesen mißlichen Wohnungsverhältnissen schwer von rheumatischen und latharhischen Affectionen, von Störungen der Ernährung und Blutbildung heimgesucht worden. Eine Verlegung und Neubau des Arresthauses ist dem Bernehmen nach im Werke. Die thunlichste Beschleunigung dieses Baues ist aber unter diesen Umständen dringend notwendig.“

Wir fügen diesem Bericht hinzu, daß allgemein — und das ist bezeichnend für unsere schönen Zustände — eine Ueberfüllung der Gefängnisse und gänzlicher Mangel an geeigneten Localitäten sich herausstellt. Die Regierung geht in Bezug auf den Neubau geeigneter Räume mit einer „Gemüthlichkeit“ vor, wie sie auch in anderen Dingen in Sachsen längst zu einer berechtigten Eigenthümlichkeit geworden ist. So ist z. B. das Zuchthaus zu Waldheim schon längst überfüllt und da ist man denn auf den gothollen Gedanken gekommen, die dort nicht unterzubringenden Zuchthändler nach dem Landesgefängnis zu Zwickau zu transportiren. In Folge dessen ist auch dieses zum Ertrüben gefüllt. Das Charakteristischste aber ist, daß die Gefangenen des Landesgefängnisses mit den Inhafteten des Zuchthauses, von einer kleinen Abweichung in der Kleidung abgesehen, vollständig gleichmäßig behandelt werden, und dieses sogenannte Landesgefängnis wird auch ausländischen Leuten, wie die politischen Gefangenen sind, als Aufenthaltsort angewiesen. Die Haft in jenem Gefängnis ist auch ungleich härter wie diejenige in den Bezirksgefängnissen, und dabei besteht die ungerade Einrichtung, daß z. B. ein Gefangener, der vier Monate Haft hat, diese in den letzteren absitzen kann, während derjenige, der nur 4 Monate und 1 Tag hat, in das weit strengere Zwickauer Landesgefängnis abgeführt wird. Es muß anerkannt werden, daß der Director des letzteren, Herr v. Alinge gethan hat, was möglich war, um z. B. Most die Haft erträglich zu machen; aber es sind Zustände und Verhältnisse dort, die von dem guten Willen eines Beamten unabhängig sind und die erst beseitigt werden können, wenn totale bauliche Veränderungen vorgenommen und eine entsprechende Gefängnisordnung eingeführt ist. So hat z. B. Most eine Zelle inne gehabt, in der er sich kaum rühren und nur mühsam den Platz für literarische Arbeiten gewinnen konnte, und an warmen Sommertagen hat er es kaum darin auszuhalten vermocht.

Die Zustände im Landesgefängnis stehen nicht allein in Contrast mit den meisten Bezirksgerichtsgefängnissen, sondern auch mit den Bestimmungen, welche das Reichsstrafgesetzbuch für die Verhütung der Haft vorschreibt. Es fragt sich darum: will die sächsische Regierung diesen Zustand noch auf Jahre fortbauern lassen, und da er rasch — wenigstens nicht so rasch als wünschenswerth und notwendig ist — nicht geändert werden kann, will sie nicht dafür Sorge tragen, daß wenigstens jener Kategorie von Gefangenen, die durch ihre verhältnismäßig geringe Zahl es ermöglichen und durch ihren Charakter als politische Gefangene es mit Recht verlangen dürfen, in passenden Räumen der Bezirksgerichtsgefängnisse — wozu wir allerdings das Dresdener nicht rechnen — untergebracht werden!

Die Regierung kann dies, wenn sie will; ein gesetzliches Hinderniß steht nicht im Wege, die gesetzlichen Bestimmungen erlassen sogar eine andere Art der Gefängnisbehandlung als die in Zwickau eingeführt ist.

Es handelt sich nicht um sogenannte „Begünstigungen“, die man einzelnen politischen Gefangenen, je nachdem man glaubt, sie etwas mehr als andere respektiren zu müssen, vielleicht zu Theil werden lassen will — die nimmt auch Keiner an — sondern um eine feststehende Regel für Alle. Wir sind entschlossen, nachdem einmal unsere Partei durch die fortgesetzten Verfolgungen zahlreiche Inhafteten in die Gefängnisse geliefert hat und in Zukunft liefern wird, ein scharfes Augenmerk auf die Zustände in denselben zu richten und alles was getadelt zu werden verdient, rückwärts an den Pranger zu stellen.

— Die Existenz des Agid'schen Preislourants wird von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bestritten. Das Reichsorgan Bismarck's sagt in seiner Nummer vom vorigen Donnerstag (40). „Wir werten ersucht, in unserem Blatte zu bemerken, daß die „Neue Wormser Zeitung“, wenn dieselbe wirklich ein Circular erhalten hat, worin ein Beamter des Auswärtigen Amtes der Redaktion irgend welche Mittheilungen angeboten, oder worin im Namen desselben (wessen? des Auswärtigen Amtes, oder des „Beamten“?) eine solche Offerte gemacht sein soll, das Opfer einer Mystifikation geworden ist.“ Da die „Neue Wormser Zeitung“ weder gesagt hat, daß ihr der Preislourant von einem „Beamten des Auswärtigen Amtes“ übersandt, noch, daß ihr „im Namen desselben“ eine Offerte gemacht worden sei, so scheint es sich hier allerdings um eine „Mystifikation“ (Fopperci, Kaschierung) zu handeln, aber um eine „Mystifikation“ des Publicums durch

obiges Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Wir sind an derlei Wortspiele von dieser Seite gewöhnt. Sollte jedoch die „Norddeutsche“ ein ernsthaftes Dementi ohne Wortspiel beabsichtigen haben, nun, so müssen wir erklären: für eine derartige Mystifikation der „Neuen Wormser Zeitung“ können wir uns keinen vernünftigen Grund denken, wohl aber dafür, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einem unbedenklichen Altkennzeichen gegenüber die gleiche Taktik befolgt, wie sie der Staatsmann, dessen Leiborgan sie ist, der famosen Savone'schen Depesche gegenüber befolgt hat. Bis auf Weiteres, d. h. bis der Beweis der Unächtheit erbracht ist, glauben wir also an die Richtigkeit des Agid'schen Preislourants.

— Auch die „Chemnitzer Freie Presse“ hätte sich das Vergnügen gemacht, den berühmt gewordenen Artikel „König Johann“ aus der „Frankfurter Zeitung“ nachzudrucken. König Albert, der wegen desselben Artikels auch die Prager „Politik“ verklagt hat, hat gegen den damaligen verantwortlichen Redacteur der „Chemnitzer Freie Presse“, Genossen Gustav Rübner, durch den Justizrath Müller ebenfalls einen Strafantrag stellen lassen. Die Redaktion des „Dresdener Volksboten“, die wegen desselben Artikels in Anklagezustand versetzt ist, hat gegen eine Urtheilssprechung durch ein sächsisches Gericht, selbst wenn es Freisprechung sein sollte, Protest und Verwahrung eingelegt, indem sie es unzulässig findet, daß von König Albert ernannte und bestellte Richter in dieser Sache Recht sprechen, ohne damit deren Ehrenhaftigkeit anzweifeln zu wollen, und Befestigung eines außer-sächsischen Gerichtes verlangt.

— Aus Weimar schreibt man uns, daß Parteigenosse Fr. Leuschke in Wiese am 13. Februar verhaftet worden ist. Derselbe soll sich angeblich einer Beleidigung des Königs von Preußen schuldig gemacht haben und von einem „loyalen Unterthan“, einem Gastwirth in Wolkmirkecht, denunzirt worden sein.

— Der frühere verantwortliche Redacteur der „Chemnitzer Freien Presse“, Hermann Franz, ist nach Wittweida transportirt worden, weil in Chemnitz kein Platz mehr für ihn war.

— In Berlin ist Parteigenosse Gerstenberg durch Staatsanwalt Tessendorf wegen „Majestätsbeleidigung“ glücklich auf 3 Monate hinter Schloß und Riegel gesperrt worden.

— In Mainz wurde der verantwortliche Redacteur der „Südd. Volksstimme“, Post, wegen Beleidigung des Staatsprocurators Schön, welcher in dem Ausdruck „edler Gesellschaftsdirektor“ liegen soll, mit 100 Thlr., event. 6 Wochen Gefängnis, bestraft.

Woher kommt die Sozialdemokratie?

Seit mehreren Wochen laufen unsere „liberalen“ Zeitungsredactoren wie vor den Kopf geschlagen umher und stellen tiefstimmig feinsinnige Betrachtungen darüber an, wie es möglich war, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen eine so immense Stimmenzahl erlangen konnte. Das Erstaunen dieser „Gelehrten“ ist ein Zeugniß für die totale Unwissenheit und Unkenntniß, welche sie in Bezug auf die Volkstimmung und Volkslage besitzen. Nach ihrer Ansicht „Vertreter der öffentlichen Meinung“, haben sie keine Klasse Ahnung gehabt von den wirklichen Gefühlen und Bedürfnissen, welche in den letzten Jahren in immer tieferem Grade die unteren Schichten der Bevölkerung in Bewegung gesetzt und durchgedrungen haben. Gedankenlos hat einer dieser zeitungs-schreibenden „Gelehrten“ es dem andern nachgeschrieben, daß die Lage der arbeitenden Klassen Nichts zu wünschen übrig lasse, die Lohnerhöhungen der letzten Jahre eine materielle Besserstellung der Arbeiter herbeigeführt habe, die jene der andern Klassen weit übertriffe. Wie dazu die Thatfache stimmt, daß nicht nur die eigentlichen Lohnarbeiter, sondern auch die Kleinhandwerker, die Bauern tausendweise für die sozialdemokratischen Candidaten gestimmt, dafür fehlt ihnen jede Erklärung. Klarheit kommt ihnen auch nicht dadurch in den Schädel, daß sie zeitweilig in unbewachten Momenten selbst Thatfachen veröffentlichen, die für jeden Denkenden — und das zu sein bilden sich unsere liberalen Zeitungs-schreiber in erster Linie ein — das Entsetzliche unserer sozialen Zustände enthüllen.

Ueber diese Thatfachen gehört eine Notiz, welche das liberalen Jesuitenblatt, Berliner „Volkszeitung“, in diesen Tagen veröffentlichte. Eine Notiz, die, wenn nicht die Denkfähigkeit oder die Unehrlichkeit in der Berliner „Volkszeitung“ heimisch wäre, ihr hätte ein Licht aufsteden und ihren phrasendreschenden Leitartikelschreiber zu einer sehr nützlichen Betrachtung auffordern müssen.

Sie meldete nämlich, daß die jetzt beendigte Einschätzung derjenigen Personen, welche nicht 1001 Thlr. Einkommen und darüber haben, und deshalb auch nicht zur klassifizirten Einkommensteuer veranlagt sind, das Resultat ergeben habe, daß von der Berliner Bezirks-Einschätzungskommission rund 276,000 Personen eingeschätzt worden sind und zwar 4600 mehr als im Vorjahre. Nun aber kommt das eigentlich wahrhaft entsetzliche Resultat. Von diesen 276,000 Personen, die also bis auf einen sehr geringen Bruchtheil der leider nicht angegeben ist, und jährlich über 1000 Thlr. Einkommen bezieht, die erwachsene Bevölkerung Berlins repräsentiren, sind nicht weniger wie 130,700 mit einem jährlichen Einkommen von unter 300 Thlr.; 80,300 in der Klasse von 300 bis 350 Thlr.; 18,600 in der Klasse von 350—400 Thlr. abgeschätzt, so daß nur 42,200 ein höheres Einkommen als 400 Thlr. haben, wovon aber wieder nicht weniger wie 24,000 auf die Klassen von 400—650 Thlr. kommen. Es giebt also in dem großen reichen Berlin nur 17,800 Personen, welche ein jährliches Einkommen von 650—1000 Thlr. haben, ein Betrag, der bei den ungeheuren Miethepreisen, der Theuerung aller Lebensbedürfnisse, den hohen Ansparungen, welche Staat und Commune stellen, für eine Familie eine menschenwürdige Existenz unmöglich macht, von dem zu schweigen, die dieses Einkommen nicht entfernt besitzen. Und nun den ungünstigen Eindruck der obigen Zahlen etwas zu vertuschen, setzt die „Volkszeitung“ noch hinzu, daß im vorhergehenden Jahr das Verhältniß in so fern noch ungünstiger war, als die Zahl der Personen mit weniger als 300 Thlr. Einkommen noch 960 mehr betrug. Diese Zahl war noch nöthig, um für den wackelnden Begabten den Stand der Dinge in seiner nackten Wirklichkeit erscheinen zu lassen.

Denn was beweisen jene Zahlen? Für jedes andere als ein liberales, denksfähiges Hirn, daß in der Hauptstadt des deutschen Reichs, wo der Reichthum aus mindestens ganz Alt-Preußen zusammenströmt, der Sitz der hohen Aristokratie, Bureaucratie und zahlreicher hochgestellter Militärsbeamten ist, die enorme Mehrzahl

der Bevölkerung ein Einkommen hat, das ihr eine halbwegs anständige Existenz rein unmöglich macht. Daß die Verhältnisse von Berlin, in Vergleich zu der übrigen Bevölkerung Deutschlands gebracht, es zweifellos erscheinen lassen, daß die sehr große Majorität der Einwohner Deutschlands sich nicht nur in gleich schlimmen, sondern vielfach in noch schlimmeren Verhältnissen befinden. Eine Thatfache, die freilich für Sozialdemokraten und für alle diejenigen, die in ihrem Leben nur einmal ihre Nase in ein wirklich wissenschaftlich-ökonomisches Buch gesteckt haben, durchaus nicht neu und nicht überraschend ist. Nur unsere professionsmässigen „Gelehrten“, unsere „denkenden“ liberalen Zeitungs-schreiber und die „gebildete und gestittete“ deutsche Bourgeoisie hat davon keine Ahnung. Diese drei Faktoren, die wir hier genannt, welche so hochmützig auf die „ungebildeten“ und „rohen“ Arbeiter herabschauen, wissen entweder von diesen Thatfachen absolut Nichts, oder sie machen es wie der Vogel Strauß, sie stecken den Kopf in den Sand, während, auf solche Art die Uebel verbergen, oder wo möglich aus der Welt schaffen zu können.

Nun liegt es aber doch klar auf der Hand, daß, wo in einer Bevölkerung die Zustände so traurige sind, wie sie hier durch offizielle Zahlen hergestellt wurden, diese Bevölkerung selbst, soweit sie zum Bewußtsein ihrer Lage gekommen, nicht gewillt ist, diese Zustände ruhig zu ertragen. Daß, wenn sie anfängt zu begreifen, wie es nur eine kleine Minorität ist, für die sie sich schämt und sich quält, die den Ertrag ihrer Arbeit einstreicht und alle Lasten auf ihre Schultern abwägt, sie sich der Sozialdemokratie, als der einzigen Partei, welche eine gründliche Reform und Umgestaltung unserer sozialen Zustände auf der Grundlage der Gerechtigkeit und des gleichen Menschenrechts für Alle erstrebt, anschließt. Daher die Erscheinung, daß nicht nur allein die Lohnarbeiter, sondern auch Handwerker, Bauern, Beamte, welche in ähnlicher Lage wie der Lohnarbeiter sich befinden, mit den sozialistischen Prinzipien sich befreunden. Die auffallende Unterstützung, welche der kleine Bürger- und der Bauernstand der Sozialdemokratie bei den Wahlen geleistet, zeigt, daß man in jenen Kreisen anfängt, sich vollständig klar zu werden über das Schicksal, was die gegenwärtige kapitalistische Produktionsweise und das damit verbundene Staatssystem ihnen bereitet.

Da mögen die Feinde der Sozialdemokratie auch machen was sie wollen, diese Erkenntnis, die mit Riesenschritten nun sich greift, können sie nicht aus der Welt schaffen. Stellen sich die Leiter des heutigen Staats nicht selbst an die Spitze der Bewegung und suchen sie in friedlicher und allmählicher Weise ihrem Ziele entgegenzuführen, dann geht die Bewegung eines Tages in der einen oder der andern Gestalt über sie hinweg. Vernünftige Gegner handeln darnach, unvernünftige, und zu diesen gehört bis heute fast die gesamte Gegnerschaft, rennen in ihr eignes Verderben.

Noch eine andere Thatfache deckt die obigen Zahlen auf. Indem zugestanden wird, daß die Zahl der unter 300 Thlr. Einkommen habenden von 1872-1873, also in einer Periode unerhörter Prosperität in allen Geschäften, in Berlin nur um 900 gestiegen, ist damit aufs allererschlagendste erwiesen, daß das unverhältnißmäßig und betäubende Gesehrei von den enorm gestiegenen Löhnen aller Arbeitsbranchen eine schamlose Uebertreibung war. Wäre das nicht der Fall, so müßte die Zahl 900 sich mindestens verdanzigfachen haben. Und selbst wenn dieser Fall eingetreten wäre, was wollte dies bedeuten gegenüber den in derselben Zeit im unerschwinglichen gestiegenen Mieten und Lebensmittelpreisen? Diese letztere Thatfache aber festgehalten, zeigen gerade diese offiziellen Zahlen in unwiderleglicher Weise, daß die Lage der arbeitenden Klassen sich nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

In die Zahlen, die verfluchten Zahlen, die aller Aufschneidererei und leeren Behauptung ein so jähes Ende machen! Unsere liberalen Zeitungen drucken sie gedankenlos ab und wissen nicht, was damit anzufangen. Vielleicht tragen obige Auseinandersetzungen dazu bei, den „Denkschild“ des einen oder anderen unserer Gegner etwas zu erleuchten, sie eine Antwort finden zu lassen auf die jetzt so oft gehörte Frage: Woher kommt die Sozialdemokratie?

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.
An die Parteigenossen!
Wir bringen Euch hiermit zur Kenntniß, daß in jüngster Zeit an folgenden Orten neue Partei-Mitgliedschaften gegründet worden sind:
Lichtenhof bei Nürnberg, Vertrauensmann Adam Geper.
Löhnitz, Sachsen, Vertrauensmann Wilhelm Rögel.
Waldheim, Sachsen, Vertrauensmann Hermann Wegner.
Für Augsburg ist Friedrich Huttenlocher als Vertrauensmann vorgeschlagen und von uns bestätigt worden.
In Hannover hat sich ein Agitationscomité constituirt. Die Adresse des Schriftführers dieses Comité's lautet: J. Franke, Ballhofstraße 18, Hannover.
Die neulich vom Auschuß versandten Listen für den Partei-Unterstützungsfond empfehlen wir nochmals Eurer besonderen Berücksichtigung. Auch fordern wir Euch auf, die Steuern für Februar baldigst einzusenden, damit Mitte März niemand auf der Restantenliste steht.
Damburg, 20. Februar 1874.

Der Auschuß.
S. A.:
Der Kassirer: S. Banneke, N. Schäferkamp 34.
Der Secretair: A. Weib, Rödningmarkt 12.

Gewerkschaftsgenossenschaftliches.
Metallarbeitergewerkschaft.
Den Bevollmächtigten sowie sämtlichen Mitgliedern obiger Gewerkschaft dient hiermit zur Kenntnißnahme, daß, nachdem die ReiseCoupons in ihre Hände gelangt sind, vom 1. März a. c. die Reiseunterstützung nur gegen Couponabgabe in der Höhe von 1/2 Sgr. pro Meile zu erfolgen hat; Mitglieder, welche keine Coupons im Bunde haben, erhalten vom 1. März ab überhaupt keine Reisegeld. Die Mitglieder der Holzarbeitergewerkschaft, welche solche Coupons in ihren Büchern haben, erhalten laut Vereinbarung mit der Centralverwaltung derselben, dasselbe Reisegeld bezahlet, wie unsere Mitglieder auf die gelben Coupons. Alle bezahlten Coupons sind sorgfältig aufzubewahren und mit dem Abrechnungsformular an die Centralverwaltung einzusenden. Zurecht ist vom Monat März an die Extrasteuer von monatlich 1 Pf. zur Deckung der durch die Erzielung einer Vereinbarung sämtlicher Gewerkschaften entstehenden Kosten zu erheben und an uns einzusenden.
Jeder Bevollmächtigte oder mit der Auszahlung des Reisegeldes betrauteter mit der Ausfertigung der Unterstützungs-Legitimation Beauftragter, hat sich mit der Instruction über die Verwendbarkeit der

Coupons, die den Couponheften vorgebrucht ist, in ausführlicher Weise vertraut zu machen, damit keine Irrthümer vorkommen. Sollte Jemand die gegebene Weisung nicht verständlich sein, so wolle man deshalb sofort bei uns anfragen.

In Folge dieses Uebereinkommens ist den Mitgliedern unserer Gewerkschaft Gelegenheit gegeben, an nachbenannten Orten, wo wir keine Mitgliedschaften besitzen, bei den Bevollmächtigten der Holzarbeiter das Reisegeld zu erheben und zwar:

- Altona, Berkeholstol, Gr. Bergstraße 139, Bevollmächtigter H. Rinte, Wörtenstr. 75, 2. Etage; Arnstadt in Th., Berkeholstol, Bev. Carl Wandel, Ramleistr. 15, 2. Etage; Breslau, Bev. H. Nebel, Mehlgasse 12; Berta a. d. Ilm, Bev. E. Linke, Zeughausplatz; Köln, Berkeholstol, Fischers Bierhaus, Bollerstraße 33, Bev. H. Bruch, Severinstr. 127; Erfurt, Berkeholstol, Futterstraße im König von Preußen, Bev. Thomas Kühn, Niefenanger 6; Eisenach, Berkeholstol, Gasthaus zur Sonne, Bevollm. Friedr. Weg, Untere Predigerstraße D. 324; Frankenhausen, Bev. August Sänft; Gießen, Berkeholstol, Selterweg bei Ketter, Bev. E. Zimmermann, Neue Bären B. 84; Gotha, Berkeholstol, Berkeholstol, Bev. H. Wabst, Ordungsgasse 17; Hamburg, Bevollm. Bredow, bei Thormöhlen, Brunnenstr. 19, 2. Etage; Landshut in V., Berkeholstol, Gasthaus zum Stegmüller, Bev. E. Rhein, bei Schneider Köfer, Altstadt; Mainz, Berkeholstol, Gungasse in der Rose, Bev. Jacob Busch, Bodgasse 15; Mühlhausen in Th., Berkeholstol, Zum Kaiser Wilhelm, Bev. H. Gräß, St. Georgi 76; Neustadt a. d. Orla, Bev. Franz Helmerich; Radeberg in S., Bev. E. A. Hofmann, Ballroderstr. 2071; Stade, Berkeholstol, Zum Gattenbera, Bev. D. Niemann, Beguinenstr. 371; Schw.-Hall, Berkeholstol, Dehringerstraße 361, Fr. Stölle daselbst Bev.; Sömmerda in Th., Berkeholstol, Trommsdorfs Bierhaus, Bev. W. Kohlshmidt, Mühlgasse B. 462; Weimar, Berkeholstol, Kleins Rest. am Bahnhof, Bev. E. Kettel, Schloßgasse 98; Würzburg, Berkeholstol, in der Hans, Bev. Georg Seemann, Mairersgasse 1; Zwickau, Berkeholstol, Gasthaus zur Volkshalle.

Die Bevollmächtigten unserer Gewerkschaft werden zur weitesten Verbreitung obiger Mittheilungen aufgefordert, auch müssen sich diese Listen immer im Besitze des Bevollmächtigten resp. im Berkeholstol oder Vereinslokale vorfinden.

Allen Mitgliedern die genaue Befolgung obiger Anordnung ans Herz legend, zeichnet mit collegialischem Gruß und Handschlag für den Vorort: Richard E. J. Wolf.

RS. Zugleich den Bevollmächtigten zur Nachricht, daß während der Abwesenheit des derzeitigen Geschäftsführers Rich. Wolf, betr. einer längeren Agitationsreise, alle Correspondenzen von heute an den Stellvertreter desselben, Oswald Borstendorfer, Kasernenstraße Nr. 6, 4. Etage, zu richten sind, sowie die bezügliche Adressen von Orten aus Bayern und Württemberg, wo unsere Gewerkschaft noch nicht festen Fuß gefaßt, schnellstens in dessen Besitz gelangen möchten, hauptsächlich werden die Parteigenossen hierauf aufmerksam gemacht, ihr Möglichstes dazu beizutragen.

Die Wohnung des Hauptkassirers Carl Herrn. Hildesheimer befindet sich im Berkeholstol der Gewerkschaften, Poststr. 34, part. Chemnitz, 14. Februar.

Gewerkschaft der Töpfer.

Dresden, den 13. Februar 1874. Einnahme. Von auswärtigen Kollegen aus: Berlin 13 Thlr., Breslau Thlr. 14 10, Chemnitz 31 Thlr., Danzig Thlr. 13 20, Düsseldorf 16 Thlr., Frankfurt a/D. 10 Thlr., Hamburg 125 Thlr., Hannover 15 Thlr., Hildesheim Thlr. 7 24, Klagenfurt Thlr. 2 27 4, Meissen Thlr. 42 5 3, München Thlr. 71 12 5, Nürnberg 14 Thlr., Pest Thlr. 12 24, Belten Thlr. 92 24, Wien Thlr. 48 7, Wiesbaden Thlr. 3 14. Von hiesigen Kollegen: Aus der Steingutfabrik 16 Thlr.; Seidel Thlr. 13 7 5; zwei Versamml. d. Töpfer Thlr. 27 25 8; diverse Beiträge Thlr. 3 5; Amlung 5 Thlr.; Anders 4 Thlr.; Raab 2 Thlr.; Müller Thlr. 2 10; Schütz Thlr. 1 10; J. Schütz 1 Thlr.; Schickel Thlr. 1 15; Schmeißer Thlr. 1 5; Töpfer Genossenschaftskasse 40 Thlr. — Von auswärtigen Gewerkschaften: Arbeiterfest in Breslau d. Dr. Walster Thlr. 11 9 5; Pirna d. Lausche Thlr. 1 3 3. Von hiesigen Gewerkschaften: Von einer Versammlung der Gewerkschaften 3 Thlr.; Arbeiterfest Centralhalle Thlr. 2 17 9. Summa Thlr. 669 29 4.
Ausgabe. Unterstützung an Kollegen Thlr. 482 17 3; an zurücklassende Frauen Thlr. 47 20; an Reiseunterstützung Thlr. 39 12 5; an Durchreisende Thlr. 18 26 3; für Plakate, Annoncen und Drucksachen Thlr. 57 18 8; Portis Thlr. 14 7; Schreibmaterialien Thlr. 6 2 5. Summa Thlr. 666 14 4.
Bilanz: Einnahme Thlr. 669 29 4; Ausgabe Thlr. 666 14 4; bleibt Kasseeinlage Thlr. 3 15.
T. Schmeißer, Vorsitzender. H. Schade, Kassirer.

Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

In Nr. 15 des „Volkstaat“, Abrechnung der Maurer-Gewerkschaft, bitte ich folgendes zu berücksichtigen. Unter Ausgabe muß es heißen: „Nochmals an Herrn Bracke 50 Thlr. verlichen, macht an ausgeliehenen Geldern 189 Thlr.“, sonst kommen nur 139 Thlr. heraus. Weiter muß es heißen „Christian Krake“ nicht Bracke. Bei der Krankenkassen-Einnahme muß es heißen: „Im vorigen Jahre von Dresden gesandt“, anstatt an Dresden.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Den Mitgliedern der Krankenkasse bringe ich folgenden Beschluß der Verwaltung zur Kenntniß: In Erwägung, daß in unserem Krankenkassen-Statut nichts Bestimmtes ausgesprochen ist, ob bei eintretenden Todesfällen das Beerdigungsgeld die Haupt- oder Pokalkassen (wenn letztere zahlungsfähig sind) zu tragen haben, wurde beschlossen, daß bei vorerwähnten Todesfällen das Beerdigungsgeld so lange durch Extrasteuer gedeckt werden soll, bis in der Hauptkasse die Summe von 100 Thlr. vorhanden ist, von da ab ist das Beerdigungsgeld aus der Hauptkasse zu bestreiten. Wir schreiben in Folge dessen eine Extrasteuer von 1 Gr. pro Mitglied aus, um die statutenmäßige Unterstützung von 18 Thlr. des kürzlich in Erfurt verstorbenen Mitgliedes Karl Köhnenack der Mitgliedschaft daselbst zurück zu erstatten. Es wurde deshalb die Extrasteuer mit 1 Gr. berechnet, weil bei der mangelhaften Einzahlung und Ausfüllung der Abrechnungsformulare es mir nicht möglich war, die Zahl der Mitglieder festzustellen. Der sich ergebende Ueberschuß fließt in die Hauptkasse. Nur solche Orte haben Anrecht auf Zuschuß aus der Hauptkasse, die ihren Verpflichtungen gegen dieselbe „pünktlich“ nachkommen. Bei Geldsendungen an den Hauptkassirer wolle man genau angeben, wie viel zur Gewerkschaft Krank-Extrasteuer und wie viel Unionsteuer ist. Nur diejenigen Mitgliedschaften erhalten Reisecoupons und das Organ „Union“ zugesandt, die mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind.
Mit Gruß und Handschlag
Für die Verwaltung: B. Bod.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.
Wir bringen hierdurch zur Anzeige und fordern hiermit alle Berufs- und Parteigenossen auf, allen Zugang fern zu halten von Barth, Stralsund und Wilhelmshaven, da in Barth und Stralsund Aussperrungen stattgefunden und Commissionäre dagesewesen sind, um Leute für Wilhelmshaven anzuwerben.
Also nochmals haltet allen Zugang fern. S. Kämpel.

Correspondenzen.

Leipzig. Wie wir erfahren, hat der „gemeinnützige“ Verein zu Lindenau den großen Schmeißer Mollte telegraphisch aufgefordert, den „Volkstaat“ zu verklagen. Immer zu! Die Sache soll uns Spaß machen. Wir fürchten uns vor dem „größten Feldherrn der Neuzeit“ nicht.

Leipzig. An die Adresse der Staatsanwaltschaft! Der Majestätsbeleidigungsprozeß, mit welchem die königliche Staatsanwaltschaft den „Volkstaat“ seit seinem Bestehen beglückt hat, sind nicht wenige, und wir möchten deshalb gern des Genaueren darüber unterrichtet sein, ob die Staatsanwaltschaft in der Präparierung solcher Prozesse nur so eifrig ist, wenn die Sozialdemokratie in Betracht kommt, oder ob sie die beleidigte Majestät hoher Herren auch den Reichsfreunden gegenüber in Schutz nimmt. Wir haben bis jetzt noch nicht gehört, daß die Staatsanwaltschaft einen Majestätsbeleidigungsprozeß gegen den Narrenrath Sparig angestrengt hätte, der am Carnevals-Montag sich einen kaiserlichen Urnat mit Krone und Scepter zugelegt hatte und so als **Garricatur des Kaisers Wilhelm**, dessen bekannter Schnurrbart durch zwei Stücke Flachs nachgebildet war, durch die Straßen fuhr. Kaiserkrone und Scepter bestanden aus ominöser Pappe und aus Holz. Und diese fulminante „Majestätsbeleidigung“ sollte dem doch so scharfen Auge der Staatsanwaltschaft entgangen sein? Unmöglich! Falls indessen die hohe Staatsanwaltschaft den Aufzug des Narrenraths Sparig nicht als „Majestätsbeleidigung“ aufzufassen geneigt sein sollte, so fordern wir dieselbe auf, uns offen und ehrlich zu sagen, was denn geschehen wäre, wenn die Sozialdemokraten zum Carneval den Kaiser caricirt hätten. Notabene: Die Staatsanwaltschaft wird nämlich Niemand finden, der so dumm wäre zu glauben, daß das, was Sparig gethan, von den Sozialdemokraten hätte ungeahndet geschehen können.

Leipzig, 21. Februar. Mit Wort und Schrift soll man so wenig spielen, wie mit dem Feuer, denn wer sich einmal verschneppelt, hat schwer wieder gut machen, was er einmal gesündigt. So mag es wohl jenem Leipziger „Reichsfreund“ gehen, der in der heutigen Nummer des „Leipziger Tageblatts“ (3. Beil.) ein anonymes „Eingekant“ losgelassen hat, worin er die Uneinigkeit der national-republikanischen und der fortschreitenden Rückschrittpartei beehult und besammert, und sich einfließen auf den abermaligen Sieg der Sozialdemokratie gefaßt macht. Soweit wären wir mit diesem brauen Mann zufrieden; derselbe ist aber gleich den Leipziger Kafferschwestern einmal in's Blaue (hier „Schlabbern“ genannt) gekommen und nagelt sich selbst an den Schandpfahl der Wahlbeeinflussung. Denn er schreibt:

„Schreiber dieses hat 30 Stimmen zu seiner Verfügung. Er empfiehlt denselben bei der Hauptwahl für Birnbaum, bei der Stichwahl für Heine zu stimmen. Die Arbeiter — denn solche sind es — haben Beides gethan.“

Die Sache ist also einfach die: Der Einsender ist ein Fabrikant, unter dessen Arbeiten dreißig Wähler sind, und der die ökonomisch abhängige Lage seiner Arbeiter benutz hat, um sie wie „Stimmvieh“ an die Wahlurne zu führen, wo sie sie je seinem Befehl ihre Stimmen abgeben mußten. Der Mensch hat verrathen, daß er sich der frechsten, unverschämtesten Wahlbeeinflussung schuldig gemacht hat, denn wie kann denn noch von „freier Wahl“ oder von „Wahlrecht“ überhaupt die Rede sein, wo 30 Stimmen einem Einzelnen zur „Verfügung“ stehen? Was geben Sie wohl darum, Sie anonymen Wahlbeeinflusser und Stimmviehmacher, wenn Sie die unvorsichtigen Worte wieder jurlichnehmen können?

So hat die „liberale“ Partei gegen uns, gegen die Sozialdemokratie „agitirt“, und ein Zeibig mit seiner Sippschaft wollte „Protest“ gegen die Wahl erheben, „weil sie von den Sozialdemokraten“ beeinflusst worden sei.“

Daraus, daß das „Tageblatt“ die anonyme Einsendung ganz unbeantwortet und ohne rebaconelle Bemerkung abgedruckt hat, ist erwiesen, daß man in „liberalen“ Kreisen Wahlbeeinflussung und Wahlbestechung als etwas Selbstverständliches betrachtet. Und aus demselben Umstand geht weiter hervor, daß die Praxis der Wahlbeeinflussung bei den Herrn Fabrikanten nun durchschnittlich gebräuchlich ist.

Wir ersuchen diejenigen, welche den Namen des Stimmvieh-züchters und „Verfügers“ über 30 Arbeiter wissen sollten, und Mittheilung zu machen, damit wir denselben der öffentlichen Berachtung übergeben können.

Berlin, 15. Februar. Nachstehend theile ich Ihnen den Wortlaut der Rede mit, welche Weib bezüglich der Diätenfrage im Reichstage hielt. Dieselbe ist als kleines Vorpostengeplänkel zu betrachten, hat aber auf die Volkseinde trodem einen tiefen Eindruck gemacht. Jeder fühlte, daß bald größere Gesechte geliefert werden müßten, und dies war keine Täuschung. Nach dem stenographischen Berichte ließ sich Weib folgendermaßen vernehmen:

„Meine Herren: Dieser Antrag kommt in jedem Reichstage vor, wie das Mädchen aus der Fremde. Er wird nicht einseitig vom Reichstage, sondern vorzugsweise vom Bundesrath zurückgewiesen. Und fragen wir uns, ob dies gerecht ist, so müssen wir mit „Nein“ antworten, und zwar deswegen, weil auf der andern Seite des Gesetzgebungsfaktors, beim Bundesrathe, die Diäten oder Gehaltszahlungen von jeher eingeführt gewesen ist. Der Reichstag soll ohne Diäten zusammen kommen; hier soll also ein indirekter Census auferlegt werden, denn mit der Diätenlosigkeit werden Sie dem Reichthum und der Beamtenwelt einen Vorzug. Es ist angedeutet worden, daß die Beamten in dem preussischen Abgeordnetenhaus in großer Zahl vertreten sind. Es ist das nicht minder hier im Reichstage der Fall gewesen und auch bei diesem Reichstage der Fall. Ich habe mich damit befaßt, zusammenzuzählen, wie viel Beamte, oder solche, die Beamte gemessen sind, hier im Reichstag sitzen, und da habe ich schon jetzt in unserem Verzeichniß 190 gefunden. Das ist eine Zahl, welche zum Nachdenken Anlaß giebt. Es ist wahr, und es ist dies auch schon von einzelnen Mitgliedern des Hauses angedeutet worden, daß die Diätenlosigkeit vorzugsweise gegen die Opposition gerichtet ist. Allein, meine Herren, durch die Diätenlosigkeit werden Sie die Opposition aus diesem Hause nicht herauszuregeln. Wir werden hier sein ohne Diäten, wir sind das unseren Wählern schuldig, wir appelliren aber zugleich an die Gerechtigkeit, indem ja die Wähler, das gesammte Volk, die Diäten, resp. die Steuern aufzubringen haben, und es daher ein Unrecht dem gesammten Volk

gegenüber ist, einen Census aufrecht zu erhalten, welcher nur zum Vortheil der einen und zum Nachtheil der anderen Seite dieses Hauses dienen kann. Es ist sogar unsere Absicht, noch mehr oppositionelle Elemente herauszubringen. Schon heute kann ich anmelden, daß ohne Rücksicht auf die Diätenlosigkeit wir unsere Freunde, die Abgeordneten Bebel und Liebknecht, reklamieren werden. Wir haben eine Anordnung gehört, die sich auf die Beschneidung des Wahlrechts bezieht. Wenn Sie sich zu dieser Ansicht erheben sollten — nun gut! Auch damit werden Sie die Opposition, die jetzt und in einer kleinen Anzahl hier vertreten ist, nicht mundtot machen. Die Arbeiterbewegung, auf die speziell bei Anregung der Beschneidung des Wahlrechts abgezielt wird, ist durch eine Beschneidung des Wahlrechts nicht tot zu machen, — zwar mundtot hier in diesem Hause, indem Sie uns ausschließen. Aber es gibt noch andre Stätten, wo man seine Meinung auch aussprechen kann, wo man vor dem Volke für seine Ideen Propaganda machen kann. Schließlich erinnere ich Sie an das Wort eines Königs in Bezug auf die Diätenlosigkeit — ich glaube Sie geben ja viel auf die Worte der Könige. Als im Jahr 1815 beschloffen worden war, in der französischen Kammer die Diätenlosigkeit einzuführen, da sagte Ludwig XVIII., das ist ein Beschluß, der uns am meisten kosten wird.

Dieser Tage werden unsere Abgeordneten jedenfalls auch über Militärgesetz sprechen, so daß es den Abgeordneten des Geldsacks ganz ungeheuerlich zu Muthe werden dürfte.

Berlin, 15. Febr. In dem Leitartikel der letzten Nummer findet sich eine thätlich falsche Angabe, zu deren Berichtigung die nachstehenden Zeilen dienen mögen. Das unentgeltliche Vertheilen von Druckschriften ist nach dem bestehenden Preßgesetz vom 12. Mai 1851 schon jetzt im Staate der Intelligenz, in Preußen, verboten. § 10 lautet: „Niemand darf auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder anderen öffentlichen Orten Druckschriften oder andere Schriften oder Bildwerke aussetzen, verkaufen, vertheilen, anheften oder anschlagen, ohne daß er dazu die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erlangt hat, und ohne daß er den Erlaubnischein, in welchem sein Name ausgedrückt sein muß, bei sich führt.“ Unter Mautensfel sind hier oft genug Strafen verhängt worden, wenn Jemand in öffentlichen Versammlungen Schriftstücke unentgeltlich vertheilt oder zum beliebigen Mitnehmen hingelegt hatte. Dem Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte war eine noch weitergehende Beschränkung in dieser Beziehung vorbehalten. Während bei allen Wahlen das Ankleben von Wahlaufzügen im Innern der Häuser als erlaubt galt, sind bei der Nachwahl im 3. Berliner Wahlbezirk mehrere unserer Parteigenossen wegen Anklebens unserer Wahlaufzüge im Innern der Häuser verhaftet worden, hohe Polizei hat ihnen die Anrufe confiscirt und sie jetzt wegen Verstoß gegen obigen Paragraphen in 2 Thlr. Strafe genommen.

Nach dieser Definition ist das Innere des Hauses schon ein öffentlicher Ort, das Vertheilen von Schriftstücken in der eigenen Wohnung von polizeilicher Erlaubnis abhängig! Natürlich gilt diese Auffassung nur gegen die Sozialdemokraten; die Anrufe für den Regierungscandidaten Herz sind sogar ungehindert an der Außenseite der Häuser angeschlagen worden. Und doch sagt die „beschworene Verfassung“: Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich! Wer laßt da?

Berlin, 13. Febr. Heute ist der Gesetzentwurf bez. einiger Veränderungen der Gewerbeordnung zur Vertheilung im Reichstage gelangt, und man kann sagen, daß damit das denkbar Reactionärste erreicht worden ist. Es sollen für die Erledigung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter besondere Gerichte eingesetzt werden und zwar von den Centralbehörden in folgender Weise: Die Gewerbegerichte werden mit den ordentlichen Gerichten erster Instanz verbunden und bestehen aus drei Personen, von denen die zwei Beisitzer je ein Arbeitgeber und ein Arbeiter sind; in besonderen Fällen können die Beisitzer in gleichem Verhältnis verstärkt werden, sie haben ihr Amt unentgeltlich zu verwalten, werden von den Gemeindebehörden gewählt und müssen mindestens 2 Jahr innerhalb des Bezirks ihren Wohnsitz haben. Der Vorsitzende bestimmt, wer von den gewählten Beisitzern in jedem Falle zu amtieren hat. Die Verhandlungen im Termine sind öffentlich und mündlich. Die Vertheilung der gewerbegerichtlichen Verfügung über Entschädigung kann auch durch Beschlagnahme des Dienst- und Arbeitslohnes erfolgen. Mit der Vollstreckung der Exekution kann sofort vorgegangen werden, da die Entscheidungen der Gewerbegerichte endgültig sind. — Was die Strafbestimmungen betrifft, so ist nicht minder den Wünschen und Interessen der Arbeitgeber Rechnung getragen und die Lohnsklaverei wird, wenn der Entwurf zum Gesetz werden sollte, in aller Form eingeführt sein. Auf wie lange? das ist freilich eine andere Frage. Der sogenannte „Mißbrauch des Coalitionsrechts“, soll mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden und die Motive bemerken diesbezüglich: „Der (neue) § 153 unterscheidet sich von dem bisherigen § 153 durch eine Bervollständigung der Bezeichnung der strafbaren Handlungen und durch die Verschärfung der Strafe.“ Der Contractbruch wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft und die Motive halten dies für notwendig, weil sie ganz ungenirt annehmen, alle Schuld an den Zerwürfnissen auf gemeinlichem Gebiete liege auf Seiten der Arbeiter. Da ist davon die Rede, wie Arbeiter „hätten die Gewohnheit angenommen, nach Laune oder augenblicklichem Vortheil handelnd, ohne jede Rücksicht auf vertragmäßige und gesetzliche Verpflichtungen die Arbeit zu verlassen,“ die Arbeitgeber sind dem Verfasser der Motive und des Gesetzes aber augenscheinlich Wesen reinerer Art, die weder Launen noch die Wahrnehmung ihres persönlichen Vortheils kennen.

Wir haben es also hier ausgesprochen und zugestanden Weise mit einem Gesetzesprodukt reiner Klassenherrschaft zu thun, und man muß gestehen, man konnte von der Reichsregierung, die von dem Geiste des Hrn. v. Bismarck belebt wird, schon so etwas erwarten. Dieses Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter erreicht ungefähr den gleichen Grad von Schamlosigkeit, welchen der prächtige „Kulturkampf“ darstellt. Wenn der beschworene Gesetzentwurf angenommen wird, so führt er sicherlich zunächst eine Menge schwerer Nachteile für die Arbeiter herbei, die geplante Reaktion wird aber am Ende doch zum Vortheil derselben anschlagen, weil die Art Coalitionsfreiheit und Freiheit zur Abschließung von Verträgen mit dem Gehalt daneben, wie sie das neue Gesetz herbeiführen will, die Arbeiter zwingen wird, um so enger sich an einander zu schließen. So stehen ja die Sachen im Allgemeinen: die Nachhaber mögen züchtigen oder loslassen, mit allem ihrem Thun graben sie sich doch zuletzt selbst die Grube, wenn sie ihre Macht nicht aufbauen aufbauen auf sittlicher Grundlage.

Der Antrag auf Veränderung der Verfassung, welcher bezwecken sollte, eine klarere Fassung desjenigen Paragraphen herbeizuführen, auf Grund dessen bisher der Reichstag es abgelehnt hat, Bebel und Liebknecht zu reklamieren, hat noch immer nicht eingebracht werden können, da bei der Fortschrittspartei mit 13 gegen 12, bei

den Polen mit 7 gegen 6 Stimmen es abgelehnt worden ist, dem Antrag zu unterstützen.

Hildesheim, 17. Februar. Schon lange ist es her, daß wir Hildesheimer etwas haben von uns hören lassen, und die Parteigenossen haben auch wohl schon geglaubt, daß hier wohl Alles tot sein müßte. Dem ist aber nicht so, wir arbeiten unverzagt an unserem gemeinschaftlichen Werke rüstig weiter, trotz der vielen Hindernisse, welche uns im Wege liegen, als da sind gänzlicher Mangel an Rednern, Mangel an Lokalen und Besoldung der Redner.

Auch wir hatten hier einen Reichstagscandidaten bei der Wahl aufgestellt, unsern Bebel aus Leipzig, und sind auf ihn trotz der schwachen Agitation, 107 Stimmen gefallen. Auch ist eine neue Mitgliedschaft in Alfeld gewonnen, welche wir nächsten konstituieren werden. Zugleich auch ich berichten, daß unser Mitglied Moritz Richter wegen „Beleidigung des Fürsten Bismarck“ zu 2 Monat Gefängnis und in die Kosten verurtheilt wurde, zuvor aber 14 Tage in Untersuchung gefesselt hat und jetzt von hier nach Elze geschickt worden ist, um dort in Einzelhaft seine Strafe zu verbüßen. Mit sozialdemokratischem Gruß

E. Kaiser, Vertrauensmann, 3. Rosenhagen Nr. 224.

Mannheim, 1. Februar. Wie überall so auch im ersten bairischen Wahlkreis nichts als Vagabundation seitens der Gegner. So hielten wir z. B. eine Volksversammlung in Hohenheim ab resp. wollten sie abhalten, wurden aber dort von der Feuerwehr, welche mit klingendem Spiel angetrückt kam, gezwungen das Lokal zu verlassen und nur mit vieler Mühe konnten wir uns nur noch auf einen Wagen retten, auf dem wir verfolgt von den aufgehetzten großen und kleinen Buben. Mit Steinwürfen und Hohnschrei trieb man uns zum Dorf hinaus. Ein Parteigenosse Namens Kühn konnte von großen Glück sagen, daß ihm kein Auge ausgenorfen wurde. Solch ähnliche Affären kamen in noch mehreren Orten vor. Doch nicht überall ging es uns so. Wir haben nun auch Erfolge aufzuweisen, wie z. B. in Weinheim an der Bergstraße. Dort gründeten wir eine tüchtige Mitgliedschaft. Doch auch diese neuen Mitglieder mußten schon die Feuerprobe bestehen, denn man hat einige Mitglieder, sowie auch den Vertrauensmann, der schon lange Jahre in einem Geschäft arbeitete, gemagregelt und auf das Straßensplaster geworfen. Dieselben stehen jedoch fest zur Partei. Auch in der Stadt Mannheim kamen Verstoße gegen das Wahlgesetz, wie Verschling der Wahllokale u. v. Die Polizei wandte uns auch ihre liebende Sorgfalt zu, denn unser Parteigenosse Erhardt ist verhaftet und sitzt in Untersuchungshaft, so viel wie wir wissen, wegen des Maueranschlags am Wahltag, auf welchem Bebel als unser Kandidat proklamirt war. Wie dieses ausgeht, werden wir später noch berichten.

Augsburg, An die Former Deutschlands. Kollegen! Oftmals schon haben die Former Augsburgs durch die That gezeigt, daß sie mit ihren Brüdern in Deutschland für die Verbesserung der Lage der Former, wie überhaupt der Metallarbeiter aller Branchen einzustehen wissen. Wir erinnern nur an den großen Chemnitzer Streik. Heute sind wir leider in die traurige Lage versetzt, einmal eure Hilfe in Anspruch zu nehmen. Bergangene Woche gingen die Former der Fabrik von L. A. Niedinger auf das Comptoir und beschwerten sich über den immer schlechter werdenden Verdienst. Statt diese Beschwerden anzuhören, wurden die Former von dem Fabrikanten mit den Worten angefahren: Ihr habt die Arbeit verlassen, ich betrachte Euch als Fremdlinge. Ihr könnt gehen, ich schließe meine Thüre. Da die Arbeiter sahen, daß man sie nicht anhört, gingen sie wieder in die Werkstatt. Hier wurde Einer nach dem Andern von dem Sohne des Hrn. N. auf das Comptoir gerufen und ihm angekündigt, daß er, weil er die Arbeit verlassen habe, um 12 kr. gestraft werde. Wenn er sich dieses gefallen ließe, dann könne er bleiben. Das war den Formern zuviel, sie legten deshalb die Arbeit nieder.

Kollegen! Es sind zweiunddreißig Männer, größtentheils verheirathet, welche fest entschlossen sind, anzuharren. Sämtliche Strikende sind Mitglieder der Metallarbeiter-Gewerkschaft, aber leider noch nicht so lange, daß sie Unterstützung beanspruchen könnten. Helft deshalb nach Kräften, haltet allen Zugang fern, und wir werden siegen.

Unterstützungen sind zu senden an Conrad Hirth, 1. 63 Dithsche Badeanstalt, vor dem rothen Thore.

München. (Wie man Arbeiter um den sauer verdienten Arbeitslohn bringt.) Beim Ostbahnbau wurden am vergangenen Samstag einem Tagelöhner durch den zweiten Palier 2 Gulden 6 Kreuzer abgezogen unter dem Vorwande, der Arbeiter habe sich im Laufe der Woche zwei Gulden Vorschuss geben lassen, während derselbe nur einen Vorschuss von einem Gulden entnommen hatte. Der arme Arbeiter, der für seine schwere Arbeit den Hungerlohn von 1 fl. 10 kr. täglich bezieht, wurde also in der gewissenlosesten Weise um mehr als einen halben, fast um einen vollen Tagelohn, verkürzt, ohne daß ihm die heutigen Verhältnisse die Möglichkeit böten, sich gegen solche gar nicht genug zu brandmarkende Uebervertheilung zu schützen. — Welches System schamloser Arbeiterausbeutung übrigens beim Ostbahnbau herrscht, zeigt die Thatsache, daß der Arbeiter, den seine jämmerlichen Verhältnisse nöthigen, „Vorschuss“ zu erbetteln, gezwungen wird, für jeden Gulden 3 kr. Zinsen zu geben. Da nun die Zinsen am Ende jeder Woche vom Wochenlohn abgezogen werden, und da anzunehmen ist, daß der Vorschuss fast immer in zweiter Hälfte der Woche nöthig wird, so folgt, daß die Zwangszinsen mindestens 520 Proc. pro Jahr betragen. Wir überantworten dieses beim Ostbahnbau herrschende Ausbeutungssystem, sowie seine Urheber, der öffentlichen Betrachtung!! (Zust.)

Fond zur Wahl Brade's. Bon Dr. J. Jacoby 10 Thlr., v. Parteigenossen in Wolfenbüttel d. Holzhauser 2 Thlr., v. Kreuzer hier Nr. 20 4, v. A. B. hier 5 Gr., v. S. B. G. hier 1 2, v. den Formern der Vogel'schen Fabrik Thlr. 1 16 5, v. Haufzig gel. bei einem Spielklub 18 Gr., Sammlung beim Stiftungsfest des Arbeiterbildungsvereins Thlr. 12 12 5, v. Arbeitern Braunschweigs d. Lang Thlr. 9 5, d. Bildhauer in Stade Thlr. 5 15, d. Jungmichel Lagan Thlr. 2 6, Parteigenossen in Königberg durch G. Arnold Thlr. 14 20, v. mehreren Mitgliedern der Metallarbeitergew. in Wolfenbüttel 15 Gr., v. vereinigten Gewerkschaften das. 1 Thlr., in Leipziger Buchdruckerei gel. d. Pauler 10 Thlr., v. Arbeitern Döbelns d. Wölke 1 Thlr., v. Arbeitern der Schütler und Neuschützigen Cigarrenfabrik hier Thlr. 1 10 5.

Briefkasten
der Redaktion. B. in London: Erhalten. Leider konnte der Abdruck noch nicht erfolgen; der Raum fehlt in Folge des massenhaften Stoffes, den die Wahlbewegung uns zuführt. Grillenberges in Nürnberg: Der Aufsatz in nächster Nummer; Brief folgt. J. S. in Königberg: Recht gern, in nächster Nummer. A. R. in Coblenz: Wird abgedruckt, sobald Raum dafür. S. F. in C.: Der Betreffende kommt nächsten dran. Besten Dank. H. D. in Breslau: Wird künft. C. in Augsburg: Erhalten. Besten Dank. H. F. in Berlin: Sie haben Recht; der Artikel kommt demnächst zum Abdruck. J. R. in München: Erhalten, kommt demnächst dran.

der Expedition. N. H. Stad. Schr. 19 Gr. Töpferweg. Dresden Ann. in Nr. 126 128 130 5 8 11 14 Thlr. 1 16. C. Dresden Ann. betr. bis Ende d. 10 Gr. Hg. Reudnitz Schr. 9 Gr. Kitzl. Weimar Schr. 12 Gr. J. Hg. Wien Schr. 2 Thlr. Wm. Müllers Schr. 5 Gr. Hg. Götting Schr. Thlr. 1 20. Kitzl. Weimar Ann. 9 Gr. Arb.-Bild.-Berein Leipzig Ann. Thlr. 1 24. Schneiderverein hier Ann. 12 Gr. Otto Weisburg Ann. 15 Gr. Kitzl.: Wir haben bis jetzt keine Bestellung erhalten. H. Ohm in Großhain: Sie erhalten die verlangten Schriften demnächst.

Augsburg Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Samstag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in der „Schönenhale.“ G. Stollberg.

Augsburg Sozialdemokratischer Verein. Sonntag, den 1. März, Vormittags 10 Uhr: Generalversammlung in der „Schönenhale.“ Der Ausschuss.

Berlin Gewerkschaft der Manufakturarbeiter. Sonnabend, den 28. Februar, Abends 8 Uhr: Geschlossene Versammlung bei Köpcke, Weberstraße 24a. — L. O.: Angel. Fehler und Fabrikant Heßling. Erscheinen Aller ist Ehrensache. Der Vertrauensmann.

Dresden Verein für Sattler und Berufsangehörige. Unser Arbeitnachweisbureau und Fremdenverleiher befindet sich Annenstraße 25 im Goldenen Stern. Jeden Dienstag Versammlung im Saale zur Conversation am See Nr. 35. Sämtliche Vertrauensmänner werden darauf aufmerksam gemacht, daß ein neues Sattlerlied erschienen. Dasselbe ist durch Unterzeichneten zu beziehen pro 100 Stk. 2 Thlr. 15 Gr., 50 Stk. 1 Thlr. 10 Gr. Carl Kästner Kassirer, Affogation Constantia am See Nr. 4.

Gohlis Arbeiterverein. Mittwoch, den 25. Februar, Abends halb 9 Uhr: Versammlung in der Oberschenke. — Tagesordnung: Der Beschluß der Gemeinderathes, betreffend den Steuerprotest. Die Reichstagswahl. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Gohlis Freitag, den 27. Februar, Abends halb 9 Uhr: Wählerversammlung in der Oberschenke.

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter. Heute Mittwoch können die Mitglieder die neuen Blätter in Empfang nehmen und Steuern entrichten. C. Seifert. NB. Nächsten Sonnabend Gewerkschaftsversammlung.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 27. Februar, Abends 8 Uhr, bei J. A. B. Turnerstr. 3. — L. O.: Die Neuwahl zum Reichstag im 13. Wahlkreis. Alle Mitglieder müssen am Plage sein. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Leipzig Arbeiterbildungsverein. Sonntag: 1—3 Uhr Zeichnen. Montag: Gesangturnen, Sternographie, Rechnen. Dienstag: Deutsche, englische u. französische Sprache; Schön schreiben. Mittwoch: Diskussion oder Vortrag. Donnerstag: Gesang, Sternographie, Turnen, franz. Sprachunterricht. Freitag: Buchführung, engl. Sprache, Buchführung. Sonnabend: Vortrag oder Diskussion. (w.)

Lyons...

Aufforderung!
Alle Partei- und Gesinnungsgenossen werden dringend ersucht sich Freitag, den 27. Februar, Abends 8 Uhr, im Saale bei J. A. B. Turnerstraße 3 einzufinden, um sich für die Wahltag (Sonnabend, den 28. Febr.) zur Verfassung zu stellen. Schädigung für Zeit- und Arbeitsverlust wird gegeben. Es gilt der letzten Anstrengung, um der Arbeiterklasse nochmals die Siege zu verhelfen, daher darf keiner fehlen. Das Wahlcomité. Leipzig. J. A. Ost. Steitzer, Vorsitz.

An die Töpfer Deutschlands!
Da in Hamburg und Altona ein Strike der Töpfer bevorsteht, werden die Kollegen dringend ersucht den Zugang fern zu halten. Das Comité.

Zur Berichtigung!
Die Konferenz für Rheinland und Westphalen findet am 1. März in Solingen statt. Irrthümlich war der Ort in Nr. 21 vergesst und der Datum falsch angegeben. Das Agitations-Comité.
Alle Parteigenossen, die etwas über den Aufenthalt von Karl Preußner aus Schwarzfeld (Provinz Hannover) wissen, werden ersucht, solches unter nachfolgender Adresse anher mitzutheilen.
Johann Böhrer, Schillinggasse-Kotten, Kaiserstrassen Rheinpfalz.

Arbeits-Hosen.
Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr. empfiehlt

Louis Guttman
(J. JN) No. 24 Grimmaische Strasse No.

Veröffentlichung.
Von denjenigen Schulmännern, welche mit Jahreswechsel durch Anzeige in der „Tagwacht“ und im „Volkstaat“ an ihre Verbindungen erinnert worden, ist als unentschuldigdt Hr. Johann Eil von München, mit einem Rückstande von Fr. 18. 50 hiezu Aufforderung zu mahnen. Da uns hinsichtlich des Restantes der gegenwärtige Aufenthalt unbekannt ist, ersuchen wir die Parteigenossen, uns denselben mitzutheilen.

Goeben ist in unserer Verlage erschienen:
Sozialdemokratische

Wieder und Deklamationen.
(64 Seiten Kart., in Taschenformat.)
Mit einem Anhang:

Die Prinzipien und Forderungen der Sozialdemokratie
beschriftet à 2 1/2 Sgr., gebunden à 3 1/2 Sgr.
(Wiederverkäufer erhalten angemessenen Rabatt!)

Depot sozial-demokrat. Literatur.
2a. (J. B. per Adr.: J. Franz, Schriftsetzer, Hotttingen-Bühl)

Diesemigen Filialexpeditoren, welche ihren Verpflichtungen für 4. Quartal 1873 nur theilweise, oder gar nicht nachgekommen sind, werden nach, noch im Laufe dieser Woche Zahlung zu leisten, widrigenfalls die Filiale „Volkstaat“ eingestrichelt werden müßte.

Die Nr. 119 des 4. Quartals 1873 wie alle übrigen Exemplare 1. Quartals 1874 sollen retournirt werden.

Expedition des „Volkstaat“
Leipzig: Verantw. Redaction: R. Preißer. (Redaktion und Expedition Zeitungsstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei